



Jenseits des Tiber Die Kriegsmaschinerie in Gang setzen. A. PIERDOMENICO/REU



Diesseits des Tiber Die Kriegsmaschinerie noch stoppen. A. MARI/KEY

Falken und Tauben unter sich

Irak-Krise Zwei Treffen in Rom: Rumsfeld bei Berlusconi, Fischer beim Papst

Die Gleichzeitigkeit des andern: Im Vatikan berieten sich die Tauben, während am Römer Regierungssitz die Falken Kriegsrat hielten.

SABINE SEEGER, ROM

Hinweg über den Tiber war am Freitag ein regelrechtes Tauziehen im Gang. Auf der einen Seite eruierte Johannes Paul II. mit dem deutschen Aussenminister Joschka

Fischer die Möglichkeiten zum Erhalt des Friedens. Johannes Paul II. warnte gemeinsam mit Fischer vor den unakzeptablen Risiken des Krieges. Diese seien «schwer abschätzbar», sagte Fischer im Anschluss an das Gespräch. Er habe den Papst in «tiefer Sorge» über den drohenden Konflikt angetroffen. Fischer wies dem Vatikan eine wichtige Rolle bei der Abwendung eines Krieges zu. Dieser hatte dem Besuch aus Deutschland viel Bedeutung beigemessen und den Minister mit grossen protokollarischen Ehren emp-

fangen. Papst Johannes Paul II. nutzt derzeit alle Möglichkeiten, um im Wettlauf mit der Zeit den Konflikt noch abzuwenden. Die von US-Aussenminister Colin Powell vorgelegten Beweise konnten ihn nicht überzeugen. Sie seien zu vage, hiess es. Mit seiner klaren Position ist Johannes Paul II. inzwischen zur Symbolfigur der kirchlichen und christlichen Kriegsgegner geworden. Der Oberhirte will in letzter Minute noch die Kriegsmaschinerie stoppen. Am kommenden Freitag wird er Tarek Asis empfangen. Der stellvertretende

Ministerpräsident Saddam Husseins ist Christ. Er reise auf eigenen Wunsch nach Rom, betont man im Vatikan.

Gleichzeitig wollte US-Verteidigungsminister Rumsfeld die Kriegsmaschinerie in Gang bringen. Auf seinem Weg nach München, wo er am Wochenende an einer militärischen Sicherheitskonferenz teilnimmt, traf er in Rom mit Ministerpräsident Silvio Berlusconi und Verteidigungsminister Antonio Martino zusammen. «Die diplomatischen Bemühungen sind gescheitert», erklärte er. Martino versicherte seinem amerikanischen Kollegen die Unterstützung Italiens. Es wäre ein «furchtbarer Schlag für die UNO», wenn dem Irak ermöglicht würde, sich den Resolutionen weiter zu widersetzen, sagte er auf einer gemeinsamen Pressekonferenz. Mit warnenden Worten wandte sich Rumsfeld an Bagdad: Der Irak sei gut beraten, im Falle eines Krieges keine chemischen oder biologischen Waffen einzusetzen, sagte er. «Sonst würden sie wünschen, sie hätten es nicht getan.» US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld geht von einer unmittelbar bevorstehenden Entscheidung zur gewaltsamen Abrüstung Iraks aus. Trotz der Nähe zum Vatikan, vermied Rumsfeld die Fahrt über den Tiber. Er legte wohl keinen Wert auf ein Gespräch mit dem Papst.

«Nicht das Blut Unschuldiger vergiessen»

Saudi-Arabien Ausländer fürchten Rache islamischer Fundamentalisten

Mit Erleichterung haben in Saudi-Arabien lebende Ausländer auf ein religiöses Edikt des «Hohen Rates muslimischer Rechtsgelehrter» reagiert. Darin werden das «Vergiessen unschuldigen Blutes und Bombenanschläge als kriminelle Akte sowie Vergehen gegen den Islam» verurteilt. «Diejenigen», warnt der Rat, «die sich Verbrechen gegen Andersgläubige schuldig machen, sind vom rechten (islamischen) Glauben abgekommnen und werden entsprechend bestraft.» Mit anderen Worten: Sie

müssen mit ihrer Enthauptung rechnen. Etwa 100 000 westliche Ausländer, unter ihnen 40 000 Amerikaner und 30 000 Briten, leben im Königreich. Sie fürchten im Falle eines amerikanischen Angriffs auf den Irak willkürliche Racheakte islamischer Fundamentalisten. Die meisten westlichen Botschaften haben ihre Staatsangehörigen deshalb eine rasche Ausreise nahe gelegt. Die österreichische Botschaft in Riad soll mit der Ausgabe von Gasmasken begonnen haben. Ein amerikanischer

Rechtsanwalt in Dahran begrüsst die Warnungen der saudischen Geistlichkeit. «Niemand weiss jedoch, wie eine irakische Pilgergruppe reagiert, wenn sie erfährt, dass ihre Angehörigen bei US-Luftangriffen ums Leben kamen», fügte der Jurist einschränkend hinzu. Die saudische Tageszeitung «Arab News» zitierte in ihrer Freitagsausgabe dagegen Amerikaner, die überrascht gewesen waren, dass «viele Saudis die «Columbia»-Katastrophe als Strafe Gottes sehen». (M. W.)

NEWS

Tschetschenien Zehn Tote bei Angriffen von Separatisten

Bei Angriffen mutmasslicher tschetschenischer Separatisten sind am Freitag in der abtrünnigen Kaukasusrepublik sieben russische Soldaten und drei Polizisten getötet worden. Drei weitere Soldaten und vier Polizisten seien bei zehn Angriffen innerhalb der vergangenen 24 Stunden verletzt worden, meldete die prussische Verwaltung in Tschetschenien. Die Angreifer seien entkommen. (ap)

Deutschland SPD sinkt bei Wählergunst auf Rekordtief

Nach dem Desaster bei den Landtagswahlen ist die SPD weiter in der Wählergunst gesunken. Nachdem die Sozialdemokraten im Januar erstmals nur 25 Prozent Zustimmung erhalten hatten, sank der Wert im Februar auf das bisherige Rekordtief von 22 Prozent. (ap)

Eritrea Zwei Drittel der Bevölkerung hungern

Wegen anhaltender Dürre hätten 10 000 Kinder nichts zu essen, sagte ein UNO-Mitarbeiter. Die Kinder begannen zu sterben, fügte er hinzu. Die Nahrungsmittelreserven für die 4,12 Millionen Eritreer reichen nur noch zwei Monate. Auch in Äthiopien sind 11 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. (ap)

Grossbritannien Irak-Geheimdossier ist abgeschlossen

Die britische Regierung hat zugegeben, dass ein angebliches «Geheimdienst-Dossier» zum Irak aus der veralteten Arbeit eines Studenten abgeschrieben worden sei. Dessen Arbeit basiert auf Daten von 1991. Was im Dossier gesagt werde, entspreche aber den Tatsachen. (ap)

Niederlande Patriot-Raketen in die Türkei gesandt

Die niederländische Regierung stationiert Patriot-Raketenabwehrsysteme in der Türkei. Nato-Generalsekretär Robertson hat Deutschland, Frankreich und Belgien eine Frist bis Montag gesetzt, einen US-Antrag zum Schutz der Türkei im Kriegsfall passieren zu lassen oder mit einem Veto zu blockieren. (ap)

«Die USA haben keine rechtliche Legitimation für Angriff»

Interview Völkerrechtler Boris Kondoch hofft, dass der Irak die «durch Resolution 1441 eingeräumte letzte Chance» nutzt

Die Forderung der USA nach der Entwaffnung des Irak steht im Einklang mit dem Völkerrecht, sagt Boris Kondoch.

MONIKA JUNG-MOUNIB

Die Bush-Administration ist davon überzeugt, dass ein Militärschlag gegen den Irak sowohl politisch als auch rechtlich legitimiert ist, weil Bagdad eine ganze Reihe von UNO-Resolutionen missachtet. Wie lässt sich der angekündigte Militärschlag völkerrechtlich rechtfertigen?

Boris Kondoch: Grundsätzlich verbietet das Völkerrecht jede Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen. Dieses Verbot findet sich wieder in Artikel 2.4 der UNO-Charta, der alle Staaten verpflichtet, jegliche Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen. Ausnahmen gibt es nur, wenn der Sicherheitsrat militärische Massnahmen beschliesst oder wenn ein Fall von Selbstverteidigung vorliegt.



Also verstossen die Amerikaner mit ihrer Rechtfertigung für einen Militärschlag gegen das Völkerrecht.

Kondoch: Genau. Die Amerikaner können sich im konkreten Fall auf kein Mandat des Sicherheitsrates stützen, welches ihr geplantes Vorgehen ermächtigen würde. Resolution 1441 verlangt die Abrüstung des Irak und stellt ernsthafte Konsequenzen in Aussicht, wenn die Auflagen nicht eingehalten werden. Sie enthält aber keine ausdrückliche Ermächtigung zu militärischer Gewalt. Die ständigen Sicherheitsratsmitglieder Russland und Frankreich hatten auch vor der Verabschiedung von Resolution 1441 unmissverständlich klar gemacht, dass es für ein militärisches Vorgehen einer weiteren Resolution bedürfe.

Was ist mit der Resolution 678 vom 29. November 1990, die die Amerikaner immer wieder anführen?

Kondoch: Die Resolution 678 ist in der Tat die einzige Resolution, die ausdrücklich den Einsatz militärischer Mittel erlaubt. Der Sicherheitsrat hatte diese Entschliessung erlassen, nachdem der Irak Kuwait besetzt hatte. Dadurch war die Golfkriegskoalition unter Führung der USA dazu ermächtigt, alle notwendigen Massnahmen einzusetzen. Diese Ermächtigung aber zielte allein auf die Befreiung Kuwaits ab. Mit dem Abzug von Saddams Truppen aus dem Nachbarstaat und der Annahme der Waffenstillstandsresolution 687 im März 1991 durch den Irak hat die Resolution 678 aber ihre Gültigkeit verloren

und kann nicht als Dauerermächtigung für militärische Gewalt herangezogen werden.

Eine andere Strategie Washingtons beruht darauf, sich ein Recht auf einen Präventivschlag vorzubehalten, weil Saddam eine Bedrohung für die USA darstelle. Steht das im Einklang mit dem Völkerrecht?

Kondoch: Nein, denn ein so formuliertes Recht auf präventive Selbstverteidigung wird weder von der Satzung der Vereinten Nationen noch vom Völkergewohnheitsrecht gedeckt. Artikel 51 über das Selbstverteidigungsrecht fordert unter anderem, dass ein bewaffneter Angriff vorliegen muss. Viele Völkerrechtler sind jedoch der Ansicht, ein unmittelbar bevorstehender Angriff reiche aus. Das heisst, im Gegensatz zum Wortlaut des Artikels 51, dass er noch nicht stattgefunden haben muss. Ein möglicher Besitz von Massenvernichtungswaffen in den Händen eines Schurkenstaates ist einem bewaffneten Angriff aber nicht gleichzusetzen. Es fehlt den USA schlichtweg an einer rechtlichen Legitimation für ein militärisches Vorgehen gegen den Irak.

Was genau steht in der Waffenstillstandsresolution 687, die ja gewissermassen die Bedingungen definiert hat, unter denen Saddam nach dem Golfkrieg an der Macht bleiben durfte?

Kondoch: Gestützt auf Kapitel VII der

UNO-Charta hatte der Sicherheitsrat dem Irak Bedingungen für die Beendigung des Golfkriegs diktiert. Dazu gehören die Anerkennung der kuwaitisch-irakischen Grenze, die Repatriierung kuwaitischer Staatsangehöriger und die Haftung für Schäden, die durch die Besetzung Kuwaits entstanden sind, sowie die Abrüstungsverpflichtungen. Laut diesen hat der Irak sich verpflichtet, auf Massenvernichtungsmittel zu verzichten, insbesondere auf ABC-Waffen und ballistische Raketen mit einer Reichweite von über 150 Kilometern. Ebenso hat er sich verpflichtet, bereits vorhandene Programme und Einrichtungen zu zerstören und das von UNO-Inspektoren und die IAEA überprüfen zu lassen. Die genauen Verpflichtungen bei der Abrüstung sind durch Folgeresolutionen wie zum Beispiel Resolution 1441 ergänzt worden.

Welche Massenvernichtungswaffen besitzt der Irak heute, durch die die USA sich in ihrer Sicherheit bedroht fühlen? **Kondoch:** Mit ziemlicher Sicherheit besitzt der Irak keine Nuklearwaffen. Bisher ist es weder den USA noch den heutigen Inspektoren von Unmovic oder deren Vorgängerbehörde Unsc gelungen, den so genannten «rauchenden Colt» zu finden, der belegt hätte, dass der Irak über ABC-Waffen verfügt. Nach Aussagen des ehemaligen Waffeninspektors Scott Ritter waren bereits

vor zehn Jahren 90 bis 95 Prozent der irakischen Massenvernichtungswaffen zerstört. Jetzt ist die Situation dadurch erschwert, dass vier Jahre lang bis Ende 2002 keine Inspektionen im Irak stattgefunden haben. Hans Blix, der Leiter der Unmovic, hat ausserdem klar gemacht, dass es eine vollständige Abrüstung im Irak nicht geben kann.

Worin besteht denn dann der aktuelle und konkrete Vorwurf gegenüber dem Regime in Bagdad?

Kondoch: Es ist belegt, dass die Arbeit der Inspektoren immer wieder behindert und verzögert wurde. Zu wenig und oft zu spät haben die Iraker Informationen über ihr Waffenprogramm preisgegeben. So beklagte sich der Chefinspektor Hans Blix Ende Januar 2003, dass einige Fragen noch offen seien wie beispielsweise der Verbleib grösserer Mengen des Nervengases VX. Der Bericht des US-Aussenministers enthält nichts grundlegend Neues. Schon die Inspektoren sind getäuscht worden. Das reicht in meinen Augen aber nicht für einen Militärangriff aus. Trotzdem bleibt nur zu hoffen, dass der Irak die ausdrücklich durch Resolution 1441 eingeräumte letzte Chance nutzt.

Boris Kondoch ist Leitender Redaktor der Zeitschrift «International Peacekeeping» und lebt in New York. Er hat zahlreiche Aufsätze zum Irak veröffentlicht.